

„Um diesen Menschen (er meinte einen bestimmten Dieb — der Verf.) auf den richtigen Weg zu bringen, ist eine andere Einstellung erforderlich, man muß an den Menschen glauben. Kann dieser Mensch ein aktiver Teilnehmer am kommunistischen Aufbau sein? Er kann es, Genossen!“

Unter unseren konkreten Bedingungen gibt es jedoch noch viele Fälle, die eine strenge Bestrafung erfordern. Es gibt Verbrecher, die der Klassenfeind in unser Land schickt, um uns zu schaden. Diese Verbrecher betreiben Spionage, Brandstiftungen und andere Schädlingsakte. Aber auch im Lande selbst hat der Feind noch Stützpunkte in Gestalt solcher Elemente, die mit dem Kapitalismus noch verbunden und verquickt sind. Diese Elemente müssen unter das eiserne Joch der Strafgesetze gebeugt und hart bestraft werden, wenn sie die politischen und ökonomischen Grundlagen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht angreifen und damit den Kriegsplänen Adenauers dienen. Aber auch sie sind wandelbar. Genosse Mao Tse-tung schrieb hierzu:

„Was die umzuwandelnde objektive Welt betrifft, so gehören zu ihr auch alle Gegner der Umwandlung; sie müssen zunächst die Etappe einer auf Zwang beruhenden Umwandlung durchlaufen, danach werden sie zur Etappe der auf Bewußtheit beruhenden Um-erziehung aufsteigen können.“

In dieser knappen, aber genialen These liegt auch das „Geheimnis“ einer richtigen Differenzierung in der Strafrechtsprechung. Solche Menschen, die einmal vom rechten Wege abgekommen sind, sonst aber ehrlich und loyal geblieben sind, brauchen nicht immer und nicht unbedingt die „Etappe einer auf Zwang beruhenden Umwandlung“ zu durchlaufen. In diesen Fällen genügt oftmals eine bedingte Verurteilung oder ein öffentlicher Tadel bzw. eine gesellschaftliche Erziehungsmaßnahme, ohne daß das ordentliche Gericht tätig zu werden braucht.

Anders verhält es sich aber mit den Agenten des Feindes und anderen gekauften Subjekten des Imperialismus, mit Spionen, Brandstiftern und Spekulanten. Sie müssen an der Ausübung ihrer Verbrechen gehindert und streng bestraft werden, d. h. eine Etappe des eisernen Zwangs durchlaufen.

In den letzten Jahren sind einzelne sozialistische Kollektive immer mehr dazu übergegangen, die Er-

## Verleihung des Ordens „Banner der Arbeit“

Am Vorabend des 15. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus wurden auf Beschluß des Präsidiums des Ministerrats führende Persönlichkeiten der DDR, die sich als Aktivisten der ersten Stunde um den Aufbau unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung besondere Verdienste erworben haben, mit dem Orden „Banner der Arbeit“ geehrt. Zu ihnen gehört:

**Dr. Hilde Benjamin**  
Minister der Justiz

Ziehung eines gestrauchelten Menschen selbst in die Hand zu nehmen, wenn seine Straftat nur von geringer Gesellschaftsgefährlichkeit war. Diese Praxis hat besonders auf westdeutsche Bürger einen großen Eindruck gemacht, und es wurde des öfteren die Frage gestellt, wie das zu erklären sei.

Das erklärt sich zum einen aus den neuen Lebensbedingungen in unserem Staate, in dem es wie nie zuvor alle Möglichkeiten für ein ehrliches und arbeitsreiches Leben in Glück und Wohlstand gibt. Indem die Barrieren niedergedrückt wurden, die in der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft zwischen den Menschen errichtet worden waren, sind die gegenseitige Hilfe, die kameradschaftliche Zusammenarbeit und die Hochachtung des Kollektivs zum Inhalt der neuen Beziehungen zwischen den Menschen geworden, hat die unmenschliche Vergangenheit für immer ausgespielt.

Das erklärt sich zum anderen aus der großen Kraft des Vertrauens in die von Ausbeutung befreiten Menschen, dem Glauben dieser Menschen an ihre eigene gesicherte, helle Zukunft und schließlich daraus, daß der gestrauchelte Mensch in der sozialistischen Gesellschaft sich von negativen Zügen, alten Gewohnheiten und Traditionen befreien kann, weil ihm die Gesellschaft dabei hilft und als leuchtendes Beispiel vorangeht.

## Die Rechtsprechung des Kreisgerichts Wurzen trägt zur Festigung der LPGs bei

Von WALTER ANDERS, Richter am Kreisgericht Wurzen

Das 8. Plenum des Zentralkomitees der SED stellt uns die Aufgabe, die in den letzten Wochen und Monaten in großer Anzahl gegründeten LPGs zu festigen. Für die Justizorgane gilt es, durch ihre Rechtsprechung und die damit verbundene politische Massenarbeit so auf die Bewußtseinsbildung der Genossenschaftsbauern einzuwirken, daß sie lernen, auf sozialistische Weise zu arbeiten und zu leben.

Im Kreis Wurzen arbeiten die Justizorgane eng mit den örtlichen Organen der Staatsmacht zusammen, obwohl dies noch nicht immer genügend planmäßig und systematisch geschieht. Hat der Rat des Kreises z. B. Kenntnis von Schwierigkeiten in den LPGs erhalten, dann wendet er sich an das Gericht mit der Bitte um Unterstützung. So hat der Einsatz der Justizfunktionäre zur Unterstützung der Festigungsbrigaden in den meisten Fällen eine Klärung der Angelegenheit erreicht.

Entsprechend den Hinweisen der Justizverwaltungsstelle werden alle Verfahren, in die Genossenschaftsbauern verwickelt sind, vordringlich behandelt. Das ist notwendig, weil jede Verzögerung in der Bearbeitung

Konflikte in den Genossenschaften hervorrufen kann und damit die Entwicklung und Festigung der LPGs gehemmt wird. Bei der Bearbeitung der Verfahren kommt es uns nicht darauf an, nur den Einzelfall zu klären, sondern es geht vor allem um die Frage: Wie konnte es zu diesen Widersprüchen, die den Streit auslösten, kommen? Dabei tritt eine Vielzahl von Problemen auf, die sehr deutlich die Mannigfaltigkeit der Konflikte zeigen, welche bei der Festigung der sozialistischen Landwirtschaft entstehen.

Hierzu ein Beispiel: Beim Kreisgericht Wurzen wurde die Genossenschaftsbäuerin Frieda M. angeklagt, genossenschaftlich-sozialistisches Eigentum entwendet zu haben. Es handelte sich um Futtermitteldiebstähle. Frieda M. ist Mitglied der Genossenschaft H. L. (Typ III). Sie ist dort als Schweinepflegerin tätig gewesen. Die Genossenschaft bescheinigte ihr für die vergangenen Jahre unbedingte Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit in der manuellen Arbeit. In der Hauptverhandlung wurde dann festgestellt, daß sie ständig kleinere Mengen Futtermittel aus der Genossenschaft mit nach